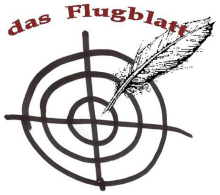
Das Flugblatt

==========

Nr.149		01.02.2020
Aus dem Inhalt: ==========		
Zueignung	Februarblues	
Aproposia	Trotz Alledem (Hannes Wader)	
FEUILLETON		
Rezension	Die geheime Bibliothek von Daraya	
Kulturbetriebliches	Bildung einer Thüringer Landesregierung	
Zeitgeist	*NATO-Manöver: Letzte Übung vor dem Russland-krieg? *Friedensbewegung: Mobilmachung gegen die Mobilmachung	
Von Lesern für Leser	Verbeugung in der Luft Der Februar im Schalt-jahr	
Das Foto	Amtswarteraum	
Gruppe 20	Friedensbrunch	
Baron von Feder	Marktersatz für Behin-derte	

Impressum:
Herausgeber: Hannes Nagel
Inspiration & Kritik: Baskenmütze
Maskottchen: Monsieur Miezerich
Musik und Wahres Leben: Nickelbrille
Kultur und Horizont: Solotänzer
Mitarbeiter: Baron von Feder
V.i.S.d.P: Hannes Nagel, Karbe-Wagner-Str.16,
17235 Neustrelitz

APROPOSIA
==========

Trotz alledem (Hannes Wader)

Wir hofften in den Sechzigern
Trotz Pop und Spuk und alledem
Es würde nun den Bonner Herrn
Scharf eingeheizt, trotz alledem

Doch nun ist es kalt trotz alledem
Trotz SPD und alledem
Ein schnöder, scharfer Winterwind
Durchfröstelt uns trotz alledem

Auch Richter und Magnifizenz
Samt Polizei und alledem
Sie pfeifen auf die Existenz
Von Freiheit, Recht und alledem

Trotz alledem und alledem,
Trotz Grundgesetz und alledem
Drückt man uns mit Berufsverbot
Die Gurgel zu, trotz alledem

Doch hat der Staat sich nur blamiert
Vor aller Welt, trotz alledem
Und wenn die Presse Lügen schmiert
Das Fernseh'n schweigt, trotz alledem

Trotz Mißtraun, Angst und alledem
Es kommt dazu, trotz alledem
Dass sich die Furcht in Widerstand
Verwandeln wird trotz alledem!

ZUEIGNUNG
==========

„Februarblues“

Liebe Leserinnen und Leser, ich kenne einen, für den fühlt sich der Februar an, als wäre er nur drei Wochen lang. Das freut den Bekannten närrisch, weil er den Februar sowieso nicht mag. Und im März fängt es an zu blümeln. Wir Katzen niesen dann oft, weil sich unsere Nasen in Blütenhöhe befinden. Ab Mai lassen wir uns dann gerne die Sonne auf den Pelz scheinen. Und Sie, liebe Leserinnen und Leser? Was machen Sie so? Ich soll Ihnen von der Redaktion sagen, dass wir auch Volontäre ausbilden würden, wenn wir mehr Kohle hätten. Der Januar war diesbezüglich in wilder Bewegung, findet Baron von Feder, Sie wissen schon: Der hinten immer den Arbeitsmarkt beleuchtet, wenn‘s was zu erhellen gibt. Am zehnten Januar haben sie ihn zum Gegenstand des Fallmanagementes ernannt. Dabei kommt entweder ein Gnadenjob heraus - auch „Blaues Auge“ genannt - oder die Armutsverrentung - auch „Ewige Verdammnis“ genannt. Mit Sorge blicken wir auf eine Reihe von NATO-Grossmanövern, von denen nach Lage der Dinge anzunehmen ist, dass sie die letzten Übungen vor dem Russlandkrieg des Westens sind. Immerhin scheint sich auch die Friedensbewegung zu besinnen, dass es sie gibt.
Ich sehe grad auf dem Kalender: Der Februar 2020 dauert länger. Es ist Schaltjahr. Es bleibt einem aber auch nichts erspart. Miau

Gegeben zu Weimar, Ende Januar 2020
Monsieur Schnurr-Miezerich, außerordentliches und bevollmächtigtes Maskottchen des Flugblattes.

FEUILLETON-REZENSION

==========

„Die geheime Bibliothek von Daraya“

Widerlich ist, und wohl hauptursächlich für die ständige Wiederkehr von Kriegen und gewalttätigen Konflikten scheint das „Schnelle Vergessen“ zu sein. Kaum jemand vermag wohl ohne Nachzudenken sofort zu sagen, wann genau Bürgerkrieg, Rebellion, und Terror gegen die Zivilbevölkerung in Syrien begann. Als 2017 das französische Original von „Die geheime Bibliothek von Daraya“ erschien, war die Gewalt schon im sechsten Jahr im Gange. Die erste in deutscher Übersetzung vorliegende Ausgabe erschien 2018. Man glaubt gar nicht, wie schnell man die Anfänge von Gewalt vergisst, wenn man sich an die Gewalt als Dauerzustand gewöhnt hat. Noch weniger glaubt man, wie schnell sich Menschen auch an üble Dinge gewöhnen, wenn sie nicht direkt und schmerzlich täglich davon betroffen sind. 2018 hat sich immer noch kein Frieden gezeigt, der den Menschen angstfreies Leben und befreites Lachen erlaubt. Es scheint, dass Kriege immer solange am Laufen gehalten werden, wie deren Verursacher sie brauchen. Oder die tatenlosen Profiteure der Kriege, deren Freude am Krieg darin liegt, sich die Hände nicht selbst schmutzig zu machen.

Die Autorin Delphin Minoui beschreibt in ihrem Buch „Die geheime Bibliothek von Darayaa zuerst die Entstehung der Bekanntschaft mit ihrem Thema. Sie ist Journalistin und Nahost-Expertin, vergleichbar mit Peter Scholl-Latour. Informationen im Journalismus gehen bisweilen seltsame Wege, und so bekam die Autorin Kenntnis davon, dass nördlich von Damaskus in der Stadt Daraya, Menschen aus den Trümmern der Häuser nach Bombenangriffen, Bücher sammelten und an einem versteckten Ort unterbrachten. Das

allein ist schon ein starkes Bild: Menschen lernen Frieden durch die Rettung des Geistes vor der zermalmenden Kraft des Krieges, indem sie den Büchern, die durch den Krieg ihre heimatlichen Regale verloren haben, Asyl an einem vergleichsweise sicheren Ort geben. Der bewahrte Geist auf den Seiten von Büchern bedarf ständig der Leser, die durch den Geist der Bücher ihr Wissen erweitern und ihre Kultur bewahren, wodurch sie die wesentlichsten Elemente des Friedens erleben: **Frieden ist ein sich ständig erneuerndes Gemeinschaftswerk von Geist und Kultur**.
Kriege, auch lokale Bürgerkriege, auch gewalttätige Konfliktaustragungen zwischen kriminellen Banden, jede auch verbale Ohrfeige, die einer dem anderen links und rechts verpasst, obwohl der andere nur freundlich gegrüßt hatte, sind immer verlorene Zeit. Streit ist Zerstörung von Kultur. Die Zerstörung ist noch klein im Kleingeist und schon gewaltig in der Zerstörungskraft bei offener Austragung. Statt zu streiten gäbe es unendlich viel zu tun für die Bewahrung der Schöpfung und die Bewahrung der Umwelt.

Bücher und Bücher bringen, wenn sie aus der Notlage ihrer verlorenen Regale gerettet werden sollen, ein ethisches Problem mit sich: Sammelt man wahllos auf, was einem in die Hände fällt, oder lässt man einige liegen, deren Inhalte darauf schließen lassen, auf den Verlust des Regals geistig hingearbeitet zu haben? Darf man Francis Fukuyamas Buch „Das Ende der Geschichte“ verbrennen lassen, um wenigstens Albert Schweitzers Broschüre „Die Lehre der Ehrfurcht vor dem Leben“ zu retten? Die Antwort der Retter steht auf Seite 34: Das Ziel sei eine universelle Bibliographie des Friedens, um Fehlentscheidungen mit kriegerischen Folgen zu vermeiden.

FEUILLETON-KULTURBETRIEBLICHES

==========

„Bildung einer Thüringer Landesregierung“
(zweisichtige Betrachtung von
Schieberkappe und Solotänzer)

Bildung ist ein hohes Gut. Dieses Gut ist schwierig zu erzeugen. Wie bildet ein Land seine Regierung, wenn die Verfassung des Landes gar nicht genau regelt, wer nach einem vorliegenden Wahlergebnis von wem mit der Bildung der Regierung beauftragt wird. In Thüringen gäbe es kein Bildungsproblem, wenn die Nazis in der letzten Landtagswahl im Oktober 2019 nicht 27 Prozent der Stimmen geholt hätten. Das Thüringer Wahldilemma besteht darin, dass der eigentliche Wahlsieger Ramelow für eine Regierungsbildung koalieren müsste. Aber Mohring‘s CDU wollte nicht mit Ramelow. Bleiben die Nazis. Theoretisch könnten auch sie sich Partner suchen, um ihrerseits eine Regierung zu bilden. Wenn sie keiner lässt, können sie ganz bequem alle anderen Koalitionen stören. Mit Nazis schafft keine Regierung Bildung. Für die einzig mögliche Koalition ohne Nazis, aber mit Mehrheit, müssten alle über ihre Schatten springen und Schwarz-Rot-Gelb bilden. Das würde reichen und eine strenge, aber stabile Regierung ergeben. Aber Rot und Schwarz, Ramelow und Mohring, können genauso wenig miteinander wie beide gemeinsam mit Bernd Höckes Faschistenbund wollen.

Baufehler in der Landesverfassung

Eine verfassungsinterne „Normenunklarheit“ glaubt auch der thüringische CDU-Fraktionschef Mike Mohring erkannt zu haben. So wie Mohring es in der Lesart eines Artikels auf N-TV vom 22. Januar 2020 darstellt, bestimmt die

Verfassung nur, dass der Ministerpräsident von der Mehrheit der Abgeordneten gewählt wird. Wenn ein dritter Wahlgang nötig wird, dann reicht „die Mehrheit der Stimmen“. Sie können auch nein sagen. Aber was wäre das für eine Wahl? Und kann die Alternative zu Rechtstaat und Demokratie (AFD) einfach einen eigenen Ministerpräsidenten-Kandidaten aufstellen? Wenn einer weiß, wie die Antwort lautet, dann sicherlich der Thüringische Verfassungsgerichtshof , dachte die Redaktion und schrieb eine Anfrage an den Hof. *(Schieberkappe)*

Bildung ist ein hohes Gut, Bildung tut Not. Was vielleicht als ein etwas infantiles Wortspiel daher kommt, gilt nicht nur im Kontext einer wertegebundenen gesellschaftlichen Debattenkultur, sondern erst recht in so staatsbildenden Angelegenheiten, wie der personellen Besetzung von Ämtern, sprich der Bildung einer Regierung.
Eine Regierung braucht das Land, eine Regierung verzweifelt gesucht, schlagwortartige Hilferufe begleiteten die Pressemitteilungen der letzten Zeit im Nachgang zum Wahlgang im Thüringer Freistaat 2019.
Politik und Recht erscheinen schicksalhaft verbunden in diesen Tagen. Sie schauen auf das, was kommen soll und auf jenes, was kommen darf. Anspruch und Wirklichkeit verlaufen insofern schon mal auf unterschiedlichen Pfaden. Tatsachen werden dabei nicht deswegen obsolet, in dem man sie ignoriert. Der Souverän, das Thüringer Landesvolk, hat die bisherigen Gewissheiten herkömmlicher, vertrauter Regierungsbildung auf den Kopf gestellt. Die vergangenen Parlamentswahlen bescherten dem verwöhnten parteiideologischen Blockbildungsgedanken keine Bestätigung und noch weniger mehrheitsfähige Konstellationen.
Der Wille des Souveräns hat den klassischen favorisierten Weg einer Regierungsbildung schlicht blockiert.

Fast möchte man eine wenig mit Bertolt Brecht ironisierend anmerken:
„Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“
Ohne eigentlichen Wahlsieger, den dieser wäre mehrheitsfähig, jedoch mit deutlichem Popularitätsbonus für den amtierenden Ministerpräsidenten, lässt sich entlang etablierter gemeinsamer inhaltlicher Schnittmengen von links nach rechts keine mehrheitsfähige Regierung mehr bilden. Die Farbarithmetik und innovative Gedankenspiele zur Konstruktion einer möglichst politisch korrekten Abbildung des Wählerwillens scheinen keine Grenzen mehr zu kennen. Sie treiben kräftig Blüten, aus dem einzigen Wunsch heraus, ein gefühlt akzeptables Pendant zu einer offenbar nicht möglichen Mehrheitsregierung zu finden.
Programmatik und Positionsbestimmungen reduzieren sich auf ihre Tauglichkeit in der Abgrenzung ein gemeinsames politisches Feindbild zu pflegen, möglicherweise im eigenen Interesse an Macht und Einfluss. Die Parteienlandschaft erlebt seit einigen Jahren eine Zersplitterung, die ehemaligen großen Volksparteien haben Repräsentationslücken zugelassen, die Blütenträume an politischen Randbiotopen zur Entfaltung brachten und stärkten. Antworten auf die sozialökonomischen Verwerfungen infolge von Globalisierungsprozessen werden vernachlässigt, diffuse Ängste der Bevölkerung vor dem Verlust kultureller Identität werden nur halbherzig wahrgenommen, die Probleme der Migration bagatellisiert. Der großkoalitionäre Zwang zur Kompromissbereitschaft auf Bundesebene verursacht programmatische Unschärfe, führt zu Positionsverschiebungen und dem Verlust an Integrationskraft bei CDU und SPD. Der wünschenswerte unvoreingenommene politische Diskurs wird wechselseitigen weltanschaulichen Abwehrgefechten

geopfert. Vor diesem gesellschaftlichen Wandbild inszenieren Linke, SPD und Grüne derzeit eine Neuauflage ihrer Zusammenarbeit unter dem Vorzeichen einer Minderheitsregierung. Dieses Modell ist mit Unsicherheit behaftet und bereitet dem demokratischem Selbstverständnis, Kopfschmerzen, die allerdings keineswegs in chronisches Unwohlsein münden müssen. Das Land wird regierbar bleiben, denn seine Verfassung setzt auf Stabilität auch in der Krise.
Die Thüringer Verfassung sieht sich dem Prinzip der Volkssouveränität und Demokratie verpflichtet. In bewusster Entscheidung für eine parlamentarische Regierungsform liegt das Primat politischer Willensbildung und Entscheidung beim Landtag, als Legislative (Art. 48 ThürVerf). Dem steht als zweite Säule der Staatsleitung, die Regierung und Verwaltung als Exekutive mit eigenem Verfassungsrang gegenüber, in Gestalt der Ämter des Ministerpräsidenten und der von ihm ernannten Minister (Art. 70 Abs.1 und 2 ThürVerf). Sobald ein neugewählter Landtag zusammentritt, endet das Amt der bisherigen Regierung und verliert damit die demokratische Legitimation. Im Auftrag der Verfassung, zur Sicherung der Handlungsfähigkeit und um Schaden für das Gemeinwohl abzuwenden, beauftragt das Thüringer Grundgesetz die bisherige abgewählte Regierung bis zu einer Neuwahl geschäftsführend im Amt zu bleiben. Eine Vakanz in der Regierungsarbeit ist nicht vorgesehen (Art. 75 Abs. 2 und 3 ThürVerf). Der neugewählte Landtag, dessen Zusammensetzung fristgebunden ist, hat das Recht und die Pflicht einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Weder die Person und ihre Mandatsträgerschaft, noch eine Frist sind dafür vorherbestimmt. Jedoch muss die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen, sofern die Entscheidung des Wählers, Wirkung zeitigen und die Fortexistenz einer illegitimen geschäftsführenden Regierung vermieden werden soll. Allein der Kreationsakt des Parlamentes verleiht dem Ministerprä-

sidenten und seiner Regierung die notwendige demokratische Legitimation. Die geltenden Wahlmodi im Art. 70 Abs. 3 ThürVerf geraten damit in den Focus näherer Betrachtung. Das Wahlverfahren präferiert zunächst eine Mehrheitswahl. In zwei Wahlgängen kann gewählt werden, wer die Stimmenmehrheit aller Landtagsabgeordneten (absolute Mehrheit) auf sich vereint. Ein solches anspruchsvolles Quorum vermittelt ein Höchstmaß an Legitimation und zielt auf möglichst stabile Verhältnisse ab, birgt allerdings die Gefahr in sich, dass im Vorfeld die erforderlichen Mehrheiten nicht verabredet werden können. Welche Handlungsoptionen bestehen also, wenn sich offensichtlich keine Mehrheiten finden lassen? Eine Möglichkeit wäre die Selbstauflösung des Parlamentes und anschließende Neuwahlen. Dieser Variante stellt die Thüringer Verfassung allerdings sehr hohe Hürden in den Weg. So müssten auf Antrag von einem Drittel der Landtagsmitglieder, zwei Drittel für die Auflösung des Landtages votieren (Art. 50 ThürVerf). Man denke an das Szenario einer geschäftsführenden Vorgängerregierung, dessen ehemalige Koalitionäre ein solches Vorhaben durch ihr Stimmverhalten kontinuierlich verhindern könnten. Demzufolge liegt es in der Verfassungsintention, selbst um den Preis verminderter Akzeptanz und demokratischer Ermächtigung, eine Regierung überhaupt in ihr Amt zu wählen. Art. 70 Abs. 3 Satz 3 sagt dazu aus: „Kommt die Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.“ Um die Auslegung dieser Verfassungspassage deutet sich aktuell ein Streit an, der vorgängig die Wahl des neuen Ministerpräsidenten überschattet.

Unter Berufung auf ein bereits 2014 vom Thüringer Justizministerium beauftragtes Gutachten (*) argumentiert die amtierende Regierung, dass konstitutive Wahlentscheidungen (nicht Sachentscheidung) im Meiststimmenverfahren

bedeuten, dass lediglich die Ja-Stimmen für einen Wahlvorschlag, nicht aber Nein-Stimmen oder Stimmenthaltungen, Berücksichtigung finden. Dem Parlament darf in Letztentscheidung nicht die Möglichkeit verwehrt werden, auch einen Minderheitsministerpräsident zu wählen. Die demokratische Funktionsfähigkeit und zwingende Neubildung einer Regierung dienen als Begründung dafür. Zu diesem Kontext entschied das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil (**) von 2008: „ (…) Bei Wahlen gilt grundsätzlich das Meiststimmenverfahren, so dass es lediglich auf die für einen Kandidaten abgegeben Stimmen ankommt. Es ist der Kandidat gewählt, auf den mindestens eine Stimme mehr entfällt, als auf eine andere vorgeschlagene Person. Die Wahl einer Person kann nur verhindert werden, wenn ein Alternativkandidat vorgeschlagen wird, der mehr Stimmen erhält. Im Extremfall ist ein Kandidat mit einer Stimme gewählt, wenn im Übrigen nur Stimmenthaltungen abgegeben worden sind. (…)“ Möchte demzufolge die aktuelle Opposition nach dieser Auffassung die Wiederwahl des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow verhindern, sollte sie einen Gegenkandidaten aufstellen, der mehr Stimmen für sich einnehmen kann. Diese Wahl wäre dann allerdings mit dem Makel behaftet vielleicht mit Stimmen aus dem rechtskonservativen Lager gewählt worden zu sein. Es bleibt darüber hinaus bei der Schwierigkeit im Regierungsalltag, Mehrheiten zugunsten des eigenen Handlungsspielraumes zu organisieren. Natürlich liegt auf Seiten des Landtages ein ebenfalls 2014 entstandenes Gutachten (***) vor, das auch im dritten Wahlgang eine Mehrheit von Ja-Stimmen gegenüber Nein-Stimmen zur Erfolgsvoraussetzung der Wahl erklärt. Diesen Gegenstandpunkt vertreten die ehemaligen Oppositionsparteien, die auf eine vorhergehende

Verständigung über die zugrunde liegende Rechtsauffassung der Ministerpräsidentenwahl drängen. Letztlich dürfte die abschließende Entscheidungsfindung, wie so oft im politischen Alltag, dem zuständigen Verfassungsgerichtshof zugeführt werden. Sollte eine legitime Wahl der beabsichtigten Minderheitsregierung unter Bodo Ramelow gleichwohl gelingen, welche Möglichkeiten stehen ihr offen?
In der Tat sind Minderheitsregierungen nicht bevorzugt in der Idealwelt einer Demokratie angesiedelt. Sie repräsentieren den Ausnahmezustand, der aber auch von der Vitalität eines demokratisch dynamischen Systems, Zeugnis ablegt. Gerade dieses Modell spiegelt sehr anschaulich die Zerrissenheit und die verlorenen politischen Milieubindungen der Wählerschaft wider und darf vielleicht deshalb auf einen innovativen Erfolg hoffen.
Das Erfordernis, die Notwendigkeit für politische Vorhaben und deren gesetzliche Durchsetzung abwechselnde Mehrheiten herzustellen, entbindet oftmals von koalitionärer Disziplin und befördert eher sachorientierte Auseinandersetzungen. Die Dichotomie bzw. Gegensätzlichkeit zwischen Regierungskoalition und Oppositionsfraktionen verliert an Bedeutung. Sehr schnell zeigt sich mit wem, unabhängig von parteipolitischer Ausrichtung, eine sachkompetente Arbeit möglich ist und wer nur mit Polemik hochstapelt. Die ohnehin ausgedünnten Länderkompetenzen begünstigen eine solche Fall-zu-Fall Regierungsarbeit. Der Haushalt in Thüringen für 2020 wurde bereits in vergangener Legislaturperiode verabschiedet, belastet folglich nicht die Zusammenarbeit in der aktuellen Amtszeit. Es bleibt demnach genügend Zeit, verlässliche persönliche Beziehungen zu Funktionsträgern anderer Parteien aufzubauen, um die Unterstützung für die Projekte der Regierung zu forcieren.

Eine erste wirkliche Minderheitsregierung in Thüringen vermag die Polarisierung in unserer Parteienlandschaft aufzubrechen und kann dazu beitragen, dass alle politischen Kräfte im Land vom Minister über den Ministerialbeamten bis hin zu Abgeordneten aller Fraktionen im Interesse einer jeweiligen Parlamentsmehrheit mitwirken. Das ergibt auch die Möglichkeit den einen oder anderen weniger skandalträchtigen Abgeordneten der AfD ohne Ausgrenzungsgefühl vernünftig in parlamentarisch konstruktive Arbeit einzubinden. Welchen Sinn macht es denn, die Entscheidungen von einem Viertel der Wahlbevölkerung dauerhaft zu stigmatisieren? Wie viel Spaltung vermag eine Gesellschaft zu ertragen ohne den sozialen Frieden zu riskieren und dem Gemeinwohl nachhaltig zu schaden? Wir scheinen alle Gefangene und willfährige Diener des politisch korrekten, selbstgefälligen öffentlichen Meinungsdiktats geworden zu sein. Dies gefährdet unsere Zukunft und die Selbstbestimmung des Souveräns. Lassen wir es zu, dass Minderheitsregierungen unsere Parlamente als Stätten öffentlich ausgetragener Streitigkeiten revitalisieren.

Gestatten wir uns eine Gelassenheit im Vertrauen auf ein robustes Regierungssystem und vermeiden wir jene apokalyptische Neigung, die das Scheitern der Weimarer Republik uns vererbte.

(Solotänzer)

Quellen:

(*) Martin Morlok: Die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Wahl des Ministerpräsidenten im dritten Wahlgang nach Art.70 Abs.3 S.3 der Verfassung des Freistaats Thüringen - Gutachterliche Stellungnahme, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2014.

(**) BVGE 120, 82 (136)

(***) Süddeutsche Zeitung, Online-Ausgabe 21.01.2020,unter:

(https://www.sueddeutsche.de/politik/regierung-erfurt-streit-ueber-die-wahl-ramelows-verfassung-gibt-raetsel-auf-dpa)

FEUILLETON-ZEITGEIST
==========

„Großmanöver der NATO: Reichts gegen Russland?“

Vorsorglich warnt die Bundeswehr auf einer Webseite davor, dass eventuell von Februar bis Mai sichtbare Truppenbewegungen nach Osten auch über Bundesgebiet schon als Aufmarsch gegen Russland gesehen werden könnten. Das Gegenteil sei der Fall: Noch diene alles nur der Verteidiung und der Prüfung bzw. Herstellung der Verteidigungsfähigkeit.

Defender Europe
https://www.bundeswehr.de/de/organisation/streitkraeftebasis/uebungen/defender-europe-20

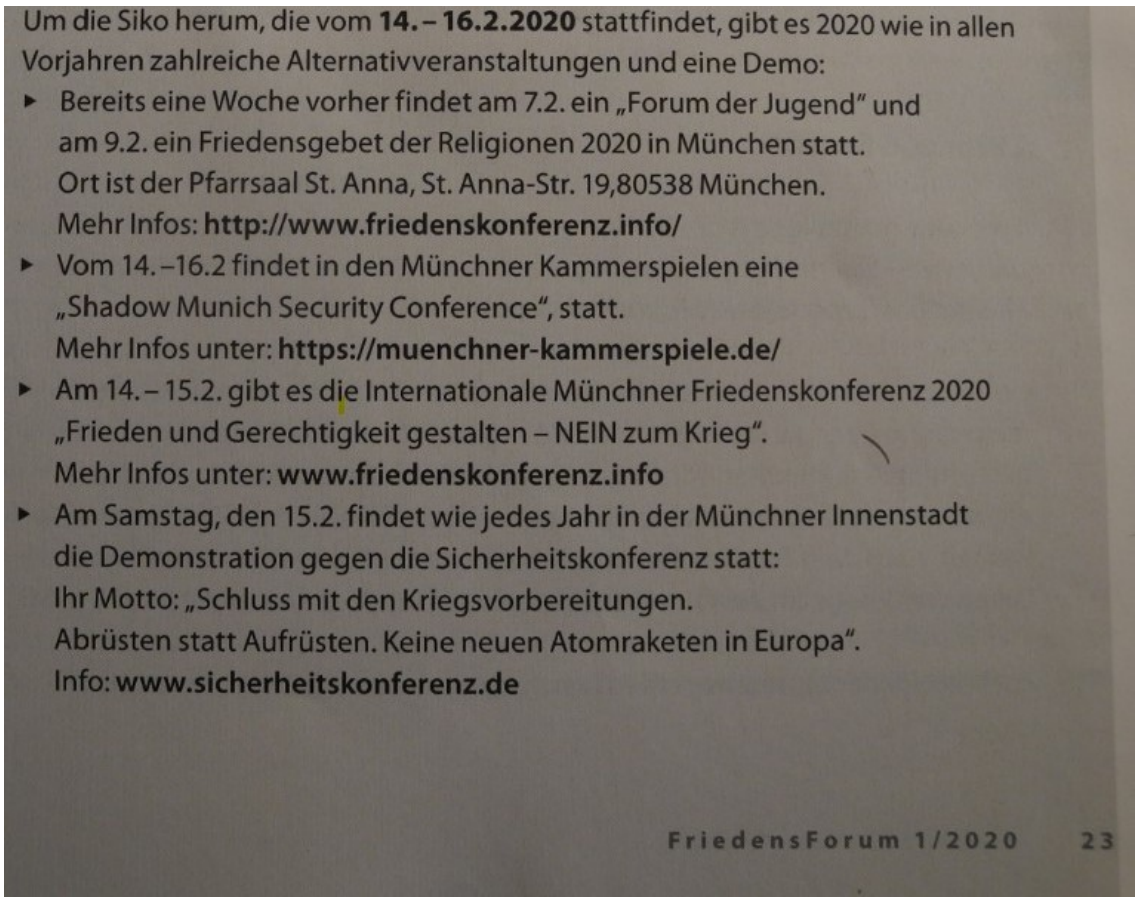
Die Bundeswehr als Herausgeber der Webseite nennt die Prüfung der Verlegegeschwindigkeit von Truppen und Waffen an die zwischen Polen, dem Baltikum und Russland verlaufende Ostfront als Ziel. Die Aufgabe ist erfüllt, wenn man es schafft, quasi bei Nacht und Nebel dort aufzutauchen, wo niemand etwas in militärischer Absicht zu suchen hat, nämlich in den Vorgärten eines anderen Staates Äpfel zu stehlen oder sie mit Äpfeln für aufgezwungene Dienste bezahlen zu lassen... Anfang der 90er Jahre sagte ein Bundeswehrgeneral namens Klaus Naumann zu der Rolle, die Deutschland dabei zu spielen habe:

„Deutschland ist eine kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen“.

Und die Aufgabe sei:

„Sicherung von Handelswegen und Rohstofflieferungen“.

Bundespräsident Horst Köhler trat im Mai 2010 zurück, nachdem ihm bezüglich der Aufgaben der Bundeswehr in Afghanistan die kleine Ehrlichkeit mit den Handelswegen über die Lippen gerutscht war.
Seit Neuestem bezeichnet sich Deutschland als „Gestaltungsmacht“. Erinnerungen an frühere Zeiten verbinden mit dem Begriff Gestaltungsmacht „geoplitische Raumordnungshandlungen“ - also Massnahmen, die man auch bei sehr schlechtem Denken über Deutschland und die Europäische Union gerade NICHT annehmen sollte. Das Schlechte an Europa ist der Einfluss der NATO.
„Defender“ soll von Februar bis Mai stattfinden. Niederlande, Belgien, Frankreich, Deutschland sollen für die 4000 Kilometer lange Strecke der hauptsächlich amerikanischen Truppentransporte herhalten, bevor dann die Aufstellungsräume in Polen, Litauen, Lettland und Estland bezogen werden. Wahrscheinlich werden sie von der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar vorher noch den allerhöchsten politsch-moralischen Segen erteilt bekommen.
Zu beiden Vorgängen plant „Die Friedensbewegung“ nach Informationen der Webseite von „Netzwerk Friedenskooperative“ diverse Veranstaltungen.
www.friedenskooperative.de



Um die Siko herum, die vom **14. – 16.2.2020** stattfindet, gibt es 2020 wie in allen Vorjahren zahlreiche Alternativveranstaltungen und eine Demo:

- Bereits eine Woche vorher findet am 7.2. ein „Forum der Jugend" und am 9.2. ein Friedensgebet der Religionen 2020 in München statt. Ort ist der Pfarrsaal St. Anna, St. Anna-Str. 19,80538 München. Mehr Infos: **http://www.friedenskonferenz.info/**
- Vom 14.–16.2 findet in den Münchner Kammerspielen eine „Shadow Munich Security Conference", statt. Mehr Infos unter: **https://muenchner-kammerspiele.de/**
- Am 14. – 15.2. gibt es die Internationale Münchner Friedenskonferenz 2020 „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – NEIN zum Krieg". Mehr Infos unter: **www.friedenskonferenz.info**
- Am Samstag, den 15.2. findet wie jedes Jahr in der Münchner Innenstadt die Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz statt: Ihr Motto: „Schluss mit den Kriegsvorbereitungen. Abrüsten statt Aufrüsten. Keine neuen Atomraketen in Europa". Info: **www.sicherheitskonferenz.de**

Friedensbewegung: Mobilmachung gegen Mobilmachung

Die „Münchner Sicherheitskonferenz" braucht man nur ein einziges Mal erlebt zu haben, um einen bleibenden Eindruck zu erhalten. Jedesmal verschanzen sich Sicherheitspolitiker und Staatenlenker samt Rüstungswirtschaft in München, um über die aktuelle und besondere Gefahrenlage für Europa und die freie Welt zu debattieren und dann die Öffentlichkeit darauf einzustimmen, was im laufenden Jahr alles eintreten werde. Jedesmal sammeln sich Demonstranten, um die ehemalige Wehrkundekonferenz als Verkaufsmesse für Waffenhändler zu entlartven. Jedesmal sind die Hunde frustriert, wenn die Karawane weiterzieht, obwohl sie ethisch legitimiert gebellt haben und als Akt des Zivilen Ungehorsams nicht verstummen sollen.

Das Gebell der Friedenshunde gegen den Mobilisierungstest „Defender Europe 20“ erwarten die Säbelrassler geradezu mit demokratischer Inbrunst. In der Tagessschau vom 14. Januar 2020 wurde ein General zum geplanten Widerstand gegen die Bereitschaftsübung zum Russlandkrieg mit folgenden Worten zitiert:

"Das ist ja auch das gute Recht, seine abweichende Meinung bei uns zu äußern. Dafür stehen wir und dem dient letztendlich auch diese Übung. Solange Protest im Rahmen des Rechtes passiert und legitim stattfindet, haben wir überhaupt kein Problem damit"
https://www.tagesschau.de/ausland/defender-103.html.
14.01.2020

FEUILLETON-VON LESERN FÜR LESER

==========

von Sarah Weis

„Verbeugung in der Luft oder Plötzlicher Flugstopp“

„Der Februar 2020 – ein Schaltjahr“

(von SOLOTÄNZER)

Dieses Jahr wird also 366 Tage lang andauern. Der Februar mit seinem 29. Tag trägt die Schuld dafür.

Alle vier Jahre wiederholt sich dieses Schauspiel und beschert den Geborenen zwischen den Zeiten mal überraschenderweise einen Geburtstag.

Zum 31.01.2020 tritt das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union aus. Endlich möchte man meinen, nach turbulentem und atemberaubendem demokratischen Willensbildungschaos im britischen Parlamentsalltag.
An dem Verhältnis zum nordwestlich gelegenen Inselreich wird sich absehbar wenig ändern bis ein neuer Modus Vivendi mit der Europäischen Union zur Unterschriftsreife gelangt. Allein die schottischen Untertanen begehren auf und verfolgen einen befreienden Weg aus der königlichen Umklammerung zurück in die Arme der säkularen Union des Europäischen Festlandes. Viel Glück dafür.

Womit vermag der Februar ansonsten zu überraschen? Was im Januar nicht gelang, verschiebt man schon mal in den Folgemonat, aber dieses Verhaltensmuster hatten wir ja bereits in der vorangegangenen Ausgabe thematisiert.

Eine überzählige kulturgebundene und dem Spaß verpflichtende Jahreszeit hält darüber hinaus Einzug. Lapidar im Nordosten zur Kenntnis genommen, entfaltet dieser Umstand in den Rheinischen Regionen unseres Vaterlandes eine ungezügelte Leidenschaft und Lebenslust. Von West nach Ost breitet sich dabei eine Front der Temperamente aus, die emotional von der Karibik bis nach Sibirien reicht. Die Zeit des Faschings und seiner verordneten karnevalistischen Frohsinnsrituale im Zeichen des Schlachtrufs Helau

erobern das Monatsende. Erinnerungen erwachen an verantwortungsfreie Kindertage, in denen man versuchte, dem Bild seiner literarischen Helden oder sonstiger Idole ein optisches Gleichnis zu sein. Das suchende pubertäre Bedürfnis nach Identität traf auf ein kulturelles Phänomen und beide profitierten voneinander. Mittlerweile erschöpft sich die kreative Komponente des Karnevals häufig darin, aus der Vielzahl von Rollenkostümen ein gesellschaftstaugliches herauszufinden - Fasching als Event mit Vergnügungsbonus.

Das gesellschaftliche Rollenspiel, tagtäglich erprobt, erlebt zu Karnevalszeiten seine offizielle Krönung der Anerkennung. Ein von lebensweltlichen Konsequenzen entbundenes Fröhlich-Sein, eröffnet dabei auch die Möglichkeit, in hierarchiegebundenen Sozialbeziehungen offene Worte zu finden. Äußerungen des Lobes gibt es und Äußerungen der Kritik. So widerspiegelt die Faschingszeit mit ihren Feiern ein wenig die Situation eines Hofnarren am Ort herrschaftlicher Residenz, mit akzeptierter Aufführung der clownesken Inszenierung persönlicher Eitelkeiten.

„Leben ist nur ein wandelnd Schattenbild;
Ein armer Komödiant, der spreizt und knirscht
Sein Stündchen auf der Bühn', und dann nicht mehr
Vernommen wird: ein Märchen ist's, erzählt
Von einem Dummkopf, voller Klang und Wut,
Das nichts bedeutet.“

(Shakespeare, Macbeth, 5.Aufzug, 5, Szene)

DAS FOTO

=========

„Amtswarteraum“

Offenbar ist das Amt hier auf Menschen mit Kindern eingestellt. Die Ärmsten erfahren die Armut schon im Kindesalter.

ANZEIGE GRUPPE 20
==========

Artikel 20 GG:
1. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus
2. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt
3. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
4. Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

„Friedensbrunch“

Wer sich selbst nicht wichtig nimmt,
weiß, wie genau das Sprichwort stimmt,
dass, wer sich nicht selbst verlacht,
hat für den Frieden nichts vollbracht.

Würden alle, welche stippen
ins Friedensfrühstück ihre Lippen,
sich selber auf die Schippe nehmen
wär dies ein friedliches Benehmen

Ein ausgewogenes Varietee
zur Friedenssamstagsmatinee
nähm aus dem Stoffe zum Konflikt
behutsam den Gewaltinstinkt

BARON VON FEDER
==========

„Die Armut lebt über ihre Verhältnisse“

Selbst bei Reduzierung von Getränken auf kaltes Wasser tagsüber und ein Tässchen heißen Wassers am Morgen, wenn es an Kaffee mangelt oder Tee fehlt, und einer warmen Mahlzeit für 4 Euro 90 pro Woche kann es vorkommen, dass bei armen Menschen das Geld nicht ausreicht, um anständig über den Monat zu kommen. Friseur, Versicherung, Telefon (alt) bzw. Kommunikation (neu) liegen ebenfalls oberhalb des Nulltarifs. Wenn ein Mensch mehr Geld verbraucht, als er hat, heißt es: Er lebt über seine Verhältnisse. Im Falle der Armut bedeutet dies, dass die Armut grundsätzlich über ihre Verhältnisse lebt.
Selbstverständlich lebt die Armut von den Steuerzahlern. Denn um Armut zu bezahlen, wenn jemand dort hinein gerutscht ist, sind Steuern da. Die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben, die Einzelne nicht mehr bewältigen können, muss eine Gesellschaft eigentlich mit Stolz erfüllen. Denn eine Gesellschaft zu sein, bedeutet, dass alle für ihre notleidenden Mitglieder aufkommen, diese aber sich bemühen, selbst wieder heraus zu kommen aus dem Elend. Armut ist immer größer als die Verhältnisse, die sie wuppen muss. Daher darf man die Lebensverhältnisse nicht noch mehr einschränken, wenn man erreichen will, dass die Armen nicht mehr über ihre Verhältnisse leben.
Nicht nur die Armut lebt über ihre Verhältnisse. Der Reichtum auch. Denn der Kapitalismus lässt andere dafür zahlen, dass die Kosten des Kapitalismus immer von dessen Opfern beglichen werden. Der Kapitalismus stirbt, wenn er selber zahlen muss.